

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Ziegelfabrik- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereien, in Pflaster- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Floßerei, Kleinfleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernspre.: 2 7 80ndhoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Verantwortl. Redakteur: August Heilmann, Berlin SW 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegenheiten durch „Werba“, Berlin SW 11.

## Der Tag des Maien.

Mai heißt Lebensbejahung. Mai heißt Kraftentfaltung. Durch die weite Natur raucht die große Symphonie der Lebenserneuerung. Der Mai ist der Tag derer, die stark sind im Glauben an die Idee des Sozialismus.

Der erste Mai ist unser Tag. Der Tag des Proletariats, von ihm eingeseht aus eigener Nachvollkommenheit, aus eigenem Willen. Kein Tag, geweiht durch den Segen der Priester oder einen Nachspruch der Fürsten. So ist er der Tag des Proletariats. Und er ist weniger ein Feiertag, er ist weit mehr ein Tag, an dem das Proletariat ernste und notwendige Forderungen erhebt, die es selbst erheben sollen aus Verachtung und sklavischer Fron zum freien Menschentum. Und in diesen von der Wirtschaftsunlust zerrissenen Zeiten erhebt die Arbeiterklasse in erster Linie die Forderung auf das unabwendbare Recht auf Arbeit, es fordert ferner, daß alle Menschen Brüder und Schwestern seien und jeglicher Völkerverhaß endlich verschwinde...

Jener erste Maientag des Jahres 1890 kommt uns wieder in Erinnerung. Damals trafen auf Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris aus dem Jahre 1889 die deutschen Arbeiter auf den Plan, um öffentlich zu manifestieren in der Achtfundentag, für Sozialreform, für das Arbeitsrecht, für Freiheit und Menschentum, für Ehrung und Achtung des Mannes auch im Arbeitsmittel, gegen Kriegsgefahr und Völkermord. Und ob auch die wirtschaftlichen Nachhater jener Zeit diesen berechtigten Forderungen mit Maßregelungen und Achtung, mit Hohn und Hungerpeitsche zu begegnen suchten — die Arbeitermassen blieben standhaft. Immer wieder erscholl in verstärktem Maße an jedem ersten Maientage der Ruf des Volkes, der die Gewissen der Besitzenden peitschte und immer wieder ihren gehässigen Widerstand ansachtelte gegen die Stiefkinder des Lebensglücks, die ihr Recht forderten, die verlangten, daß endlich jenes große Unrecht beseitigt werde, das seit jeher die Menschen in Klassen zersplittert und der Urheber ist von Neid, Haß und Habgucht!

Manches, sogar vieles von ihren Forderungen hat die Arbeiterklasse seit jenem ersten Mai 1890 durchgesetzt. Der Kampf war opfervoll, aber gekrönt von fortgesetzten Erfolgen. Die Organisationen der Arbeiterklasse wuchsen, damit wuchs ihre Kraft. Sie führten umfangreiche Streiks um die Verbesserung ihrer Lebenslage und immer stürmischer erscholl in den Parlamenten der Ruf nach Völkerverfrieden und Menschenrecht. Trotzdem raffte nochmals die Kriegsfurie durch den unglücklichen europäischen Kontinent, aber aus diesem unheilvollen Kriege erwachsen letztlich größere Volksfreiheiten. Der alte Obrigkeitstaat brach kraftlos zusammen, Kronen sanken in den Schutt, die Sozialgesetzgebung wurde bedeutend verbessert, das Arbeitsrecht entstand, der Achtfundentag wurde Tausende, die das Koalitions- und Versammlungrecht einengenden Fesseln fielen. Leider haben diese Fortschritte nicht eine geeinte deutsche Arbeiterklasse. Der giftige Wurm der Zweifeltat lachte sich in das gesunde Holz des Freiheitsbaumes der Arbeiterbewegung einzunisten. Und die Reaktion verstand diesen Umstand sehr gut zu

nützen, sie wurde stärker und stärker. Und heute rüstet sie fortgesetzt, stierhaft ist sie bestrebt, die November-Errungenschaften des Jahres 1918 wieder zu vernichten...

Doch wir fürchten die Gegner nicht. Ihr gehässiges Vernichtungstreiben gegen die Arbeiter-

schlag sich zu den gefarnen Feinden der Arbeiterklasse. Aber der Kern der sozialistischen Kampftruppe bleibt fest und das Banner steht. Der Kern steht in eiserner Front frei zur Fahne des Sozialismus und der Gewerkschaft, er frommelt, ob ihn auch politische und wirtschaftliche Stürme unwittern, unermüdet und mutig hinaus in die Lande die Revolle der Freiheit, der Gerechtigkeit, des wahren Menschentums. Und die breiten Massen werden die Trommler der Freiheit hören. Mehr und mehr wird in der Arbeiterklasse aufdämmern das Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit von der Einigkeit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen ihre zahlreichen Feinde. Denn das gleiche Ziel ist ja allen gemeinsam. Der Streit geht ja nur um den Weg. Und da sollte, obwohl heute die Befehdung und Gehässigkeit innerhalb der Arbeiterklasse wahre Orgien feiert, keine Einigkeit möglich sein?

Wir hoffen. Schon immer bedeutete für uns die Feler des ersten Mai auch eine Mahnung zur proletarischen Pflichterfüllung und zur Erfüllung der uns gestellten Aufgaben. So war er auch stets ein Tag des besonderen Glaubensbekenntnisses zum Sozialismus. Von diesem Glauben, unumsstößlich und neu bekräftigt durch wirtschaftliche Weltereignisse, ist auch all unser Kampf durchziffert, dieser Glaube spendert helle Befreiungsfunkeln aus der Feuerenergie der sozialistischen Idee, er bringt in die Massen, wird zur Tat, zeitigt Erfolg und Ueberwindung. Wir hoffen und glauben. Das führt die Idee zum Siege.

Der Tag des ersten Mai ist unser. Freundlich lacht die Maionsonne herab auf die lenzgeschmückte Erde. Wäntschnee nickt hervor aus grünem Gesträuch. Trillernd steigt die Lerche in die Himmelsbläue. Wahrlich, der erste Mai ist würdig der Herrschau der arbeitenden Massen, die sich zum Sozialismus bekennen und an ihn glauben. So ist der Maientag der Tag des Glaubens an die Ueberwindung der alten Erde und ihrer Neugestaltung für Freiheit, Wahrheit, Schönheit und Recht. Der erste Mai ist der Feiertag des Trostes, des Willens und der Treue. Er ist der Tag der Feler stärkster Weltgestaltungsennergie durch Masseneinigkeit.

Nachvoll erschallt am ersten Maientage der Maionschwur von Millionen Lippen: Für des Lebens Freude, für des Lebens Maientag, für wahres Menschentum! Trotz aller leiblichen Nöte, trotz es umdräuender politischer Gefahren bekräftigt das Arbeitervolk am ersten Maientage seinen Glauben an die endliche Befreiung aus aller Not!

Mai heißt Lebensbejahung und Kraftentfaltung!



bewegung wird allerdings vor allem begünstigt durch äußere Umstände, durch die ungeheure Weltkrise, durch die schwere Not der Zeit und durch die frostlose Zersplitterung der Arbeiterklasse. Manches welche Blatt reißt die sturmdurchrüttelte Krisenzeit vom Baume der organisierten Arbeiterklasse. Mancher wurde im Sturme der Notzeit irre an den alten Idealen, wurde apathisch und indifferent, oder er

## Sechs Millionen schreiben nach Arbeit!

Es ist in den Wochen vor dem Krisenkongress schon viel über ihn gelogen worden. Er sei ein Produkt der Verlegenheit; das „Berliner Tageblatt“ verließ sich sogar zu der Behauptung, die Arbeitsbeschaffung sei für die Gewerkschaften lediglich eine Angelegenheit der Selbstbehaltung. Die KPD, anfast den Plan zu unterfüttern, spie Gift und Galle — die Gewerkschaften waren ihr da in die Quere gekommen. Ja, hätte die KPD, den Kongress gemacht, dann wäre er eine herrliche irrevolutionäre Tat gewesen! Daß die „Nationale Front“ nicht nur aus zwei Augen

weinte, wenn sie von dem Arbeitsbeschaffungskongress sprach, ist schon eher begrifflich...

Allen diesen Feuchlern, Reibdammeln, falschen Propheten und ungläubigen Thomassen hat der Verlauf dieser Tagung Unrecht gegeben. Es war eine Veranstaltung aus einem Guß, getragen von heiligem Ernst und hohem Verantwortungsgefühl. Sie tagte im Plenarsaal des Reichstages. Diesmal im Wallotbau von der Linken bis zur Rechten eine Meinung, ein Wille, ein festes Ziel: Schafft Arbeit und Brot!

Mancher von uns hat am 13. April gemünscht, die Sessel möchten suggestiv wirken, um denen, die sich anfangs Mai wieder zum „Regieren“ hineinsetzen, etwas von diesem Geist zu übermitteln...

Der Saal bot ein interessantes Bild. Alle sechshundert Plätze besetzt, die Tribünen überfüllt. Von weither waren die Zuhörer gekommen. Viele konnten keinen Platz mehr erhalten. Stark vertreten war die Presse, man merkte das große Interesse der Öffentlichkeit. Unter den Ehrengästen neben den Ministern Stegerwald, Warmbold, Otto Braun und Seevering die bisherigen Minister Wisfl, Rob. Schmidt, Kiffbering, Präsident Lohse, ferner bekannte Parlamentarier und Genossen aus dem Reich und Preußen, die Genossen Bachem, Ellinger, Kneiß, Cohen, Erkelenz, Wels, viele Ministerialräte und Regierungspräsidenten.

Auch außerhalb des Hauses zeigte das Bild der Reichsfestungsumgebung, daß etwas „los“ sei — es war auf den Kongreß abgestimmt. Jeder merkte in diesem Gebäude wohl heute wirklich etwas Außerordentliches geschehen. Wohl heißt das die Anschrift: „Dem deutschen Volke“ so mit dem Geist im Sitzungssaal harmonisiert wie am 13. April 1932.

Kollege Leipart eröffnete den Kongreß mit Worten der Begrüßung an alle Teilnehmer. Ministerpräsident Braun und Minister Seevering wurden übrigens schon bei ihrem Eintritt von den Delegierten mit herzlichem Begrüßungsbefall empfangen. Sehr mißgefallen war der Kongreß über die Abgabe des Reichskanzlers Brünning. Es ließ, er sei in letzter Minute abgehalten worden. Ob er nicht gekommen wäre, wenn der Reichsverband der Arbeiterfrage gefragt hätte, ist allerdings eine andere Frage.

Leipart erinnerte an die Abgesumpfung der Öffentlichkeit gegen die grausame Ziffer der sechs Millionen Erwerbslosen, an die Versuche, die Arbeitszeit zu verkürzen, an den wiederholten Appell des Bundesauschusses, an die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, an die Rede des Ministers Stegerwald auf jener Tagung, an die verfehlten Vorkehrungen, an die Lohnabbaumaßnahmen mit der Wirkung der Vernichtung der Kaufkraft. Viel hat das deutsche Volk ertragen. Die Rücksicht auf das immer größer werdende Elend zwingt uns, von der Regierung zu verlangen, daß sie die Hände nicht in den Schoß legt. Auch Frankreich, das so sehr um seine Sicherheit bangt, sollte bedenken, daß es nicht in seinem Interesse liegt, wenn die dauernde Zunahme der Erwerbslosigkeit die Gefahr des politischen Radikalismus immer größer werden läßt. Mögen unsere Stimmen von den verantwortlichen Behörden, mögen sie aber auch in der ganzen Welt gehört werden!

Die Konstatierung des Kongresses verlief rasch und schmerzlos; das Frankfurter Präsidium wurde wieder eingeseht. Dann nahm der Referent des einzigen Punktes der Tagesordnung, Kollege W. Eggert, über „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“ das Wort. Eggert ging von den drei großen markanten Punkten aus: Industriekrise, Agrarkrise, Vertrauens- oder Kreditkrise. Das kapitalistische Wirtschaftssystem habe versagt, jetzt müsse die öffentliche Hand helfen! Er forderte in acht Punkten für etwa eine Million Menschen Arbeit im Straßenbau, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau, bei Hausreparaturen, von der Reichsbahn, der Reichspost, im Siedlungs- und bei Meliorationen nach den Bestimmungen der Tarifverträge, sprach auch über die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch eine Anleihe, er forderte eine Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung, Preisüberwachung, die vierzigstündige Arbeitswoche, besondere Maßnahmen für die Jugend und die Lehrlinge. Man dürfe nicht nur auf die Unternehmer hören, alle Subventionen sind nachzuprüfen, die Zölle ebenfalls, auch die Zuwendungen an den Hausbesitz. Wann kommen nun die Arbeitslosen in die Front? so fragte Eggert. Er gab eine erschütternde Schilderung von der Not der Erwerbslosen. Mit einem lebhaften Appell an die Regierungen zu aktiver Arbeit schloß sein Referat aus. Vorher hatte er die sehr erste Frage an den Reichsarbeitsminister Stegerwald gerichtet: Will die Regierung nicht tun, was wir wollen, so soll sie uns wenigstens sagen,

was sie nun eigentlich will! Jetzt gilt es nicht mehr, zu bitten, jetzt gilt es zu fordern! So kann es jedenfalls nicht weitergehen. Hier unterbrach ihn demonstrativer Beifall. Stegerwald hörte, die Hände vor der Stirn, gedankenschwer zu; was ihm während dieser Anklagen durch das Gehirn ging, war sehr schwer zu erraten, er veränderte seinen Gesichtsausdruck während zweier Stunden nicht, auch nicht, als ihm Eggert vorrednete, was die Unternehmer schon alles an Subventionen geschluckt haben. Aber Minister Stegerwald nahm gleich nach Eggert das Wort. In Mitgefühl für die Erwerbslosen lasse er sich von keinem Kongreßdelegierten überreden, aber der Rückgang der Ausfuhr, das Sterben von Betrieben, der Verfall des englischen Pfundes, die Ergebnisse der Konferenz über die in Aussicht stehenden Maßnahmen nach Ablauf des Hoover-freijahres ließen einen Wendepunkt noch nicht sehen. Der dritte Unsicherheitsfaktor sei das Tempo, in dem die politische Unsicherheit im Inland befeitigt werden kann. Gegen die nationalsozialistische Agitation habe er sich am schärfsten gemeldet, eben wegen der wirtschaftlichen Folgen. 65 Proz. der Kosten der öffentlichen Hand beständen aus Personal-Wohlfahrtskosten, aus Zinsendienst. Ohne Kürzung der Beamtengehälter wären die Etats nicht in Ordnung zu halten. Der Minister erinnerte an die Tatsache, daß die Währung gehalten worden ist, das sei eine Großtat, der gegenüber die Gehalts- und Lohnkürzung nicht die ihr zugemessene bedeutende Rolle spielt. Warum ist die Großzügigkeit, warum sind die Agrarier für Sittler? Um mit der zweiten Inflation ihre Schulden zum zweiten Male loszuerlösen. (Lebhafte Beifall.) Die Notverordnungen haben uns vor dem Chaos gerettet, was wäre aus dem deutschen Volk ohne sie geworden? Bei diesen Worten ging lebhafter Widerspruch durch die Reihen

der Delegierten. Stegerwald polemisierte gegen den Vorwurf, daß er den Unternehmern nachgebe. Er habe dazu keine Veranlassung. Man dürfe aber die Lage nicht nur durch die Arbeiterbrille ansehen. Die Bankhilfe zum Beispiel sei nicht aus Liebe zu den Aktionären gegeben. Außerdem, um nicht schon im August 1931 lieben Millionen Erwerbslose zu haben. Daß es Arbeit genug gibt, sei sicher, alle acht Punkte des Berichterstatters erkenne er an. Es drehe sich nur um die Mittelbeschaffung. Wir müssen auch ferner eine Inflation verhindern. Wie kann der Schrumpfungspiegel aufgehalten, wie können neue Arbeiter in den Produktionsprozess mit zusätzlicher Arbeit gebracht werden? Der freiwillige Arbeitsdienst könne nur in bestimmten Fällen zur Anwendung kommen, ohne den Tarifgedanken umzustoßen. Stegerwald ist für Erweiterung der ländlichen Siedlungen, um die Landbevölkerung in ihren Bezirken zu halten. Auch verstärkte Stadtrandsiedlungen und Hausreparaturen, Straßenbau- und Wasserarbeiten seien in Vorbereitung. Die Regierung wolle Geld dafür ohne Inflation beschaffen. Arbeitsförderung wird notwendig sein, mit der abwartenden Haltung in der Arbeitszeit sei es nun vorbei. In der Lohnfrage seien

aber noch „Angelegenheiten“ nötig. (Lebhafte Unruhe und Zurufe.) Diese sollen aber nicht das Signal zu Lohnsenkungen „allgemeiner“ Art werden. (Zurufe: Wieder mal Ausnahmegelehr gegen die Bauarbeiter!) Die Etats der öffentlichen Hand müssen ausgeglichen werden. 1932 wird noch ein sehr schweres Jahr werden, wir dürfen nicht schlappmachen.

So etwa sprach Stegerwald. Es war eine sehr matte Rede, keine Hand rührte sich, nachdem er geschlossen, — es zeigte sich, daß das Programm dieses Ministers mehr als dürftig empfunden wurde. Es war eine große Enttäuschung.

daß die Siedlungshäuser auch als Wohnungen angeprochen werden! Was heute zum Teil gebaut wird, ist eine Kautschuchand! Die Inflationssumme werden von den Hausbesitzern nicht für ihren eigentlichen Zweck verwendet. Würde das Mietsfußgeld angewendet — hunderttausende von Bauarbeitern könnten mit Reparaturen beschäftigt werden! Eingehend besprach Bernhard den Straßenbau und seinen volkswirtschaftlichen Charakter. Bringen Sie die deutsche Bauwirtschaft in Gang, das ist Wirtschafts- und Staatspolitik zugleich!

Die Rede unseres Bundesvorsitzenden werden wir in der nächsten Nummer des „Grundstein“ den Kollegen noch ausführlich zugänglich machen. Sie bildete mit einem Höhepunkt des Kongresses. Mandem Teilnehmer dürfte der enge Zusammenhang zwischen Bauwirtschaft und Wiederengliederung der Wirtschaft klar geworden sein. Minister Stegerwald war sichtlich betroffen von dem tiefen Ernst und dem reichen Tatsachenmaterial dieser ersten Diskussionsrede. Die weiteren Redner aus den Gruppen des Metall-, Berg-, Textil-, Verkehrsgewerbes, der Bauarbeiter usw. ergänzten aus ihren Gebieten die harten Anklagen, wandten sich gegen weiteren Lohnabbau, forderten die Verkürzung der Arbeitszeit und veränderte Anordnung der Arbeitsmärkte. Und so aus Dresden hatte das Ohr des Kongresses, als er die Lage des schicksaligen Proletariats schilderte und ein großzügiges Arbeitsprogramm forderte. Die Angst vor der Inflation dürfe nicht alle Initiative lähmen!

Ferner sprach, lebhaft begrüßt, der preussische Ministerpräsident Otto Braun zum Arbeitslosenproblem. Er verfolge dessen Entwicklung mit großer Sorge. Zu den Subventionen sei den Preußen aus zu sagen. Sie dienten nur dazu, noch größere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Meistens kommen zu uns die Betriebsräte der Werke, nicht die Unternehmer.

Offen hängen ganze Gemeinden und Städte an der Existenz solcher Betriebe. Ueber die Wirtschaftsführer denke er jetzt den Fällen Laufen bis Kreuzer anders. Mühsen sie ihre Betriebe richtig in die Bilanz einstellen, dann wäre es mit der Herrlichkeit manches dieser Industriellen vorbei. Staat und Wirtschaft hänge eng zusammen, deshalb werden vom Staat heute viele Opfer gefordert. Dabei gehen seine Einnahmen aber ständig zurück. Das Entscheidende sei, wie schaffen wir die Mittel, um Arbeit bereitzustellen? Die Inflationsschleife dürfen wir nicht aufziehen, aber es sollen auch die Hände nicht in den Schoß gelegt werden. Das darf auch wegen der moralischen Wirkung, insbesondere bei der Jugend, nicht sein. Internationale politische Kreditverleihen sind gewiß nötig, aber die Privatkreditverleihen sind viel wichtiger. Die Reparationsfrage sei für ihn dadurch erledigt, weil Deutschland nicht zahlen kann. Mit einem lebhaften Appell, der langen Arbeitszeit energisch zu Leibe zu rücken, schloß Braun unter starkem Beifall von Saal und Galerien.

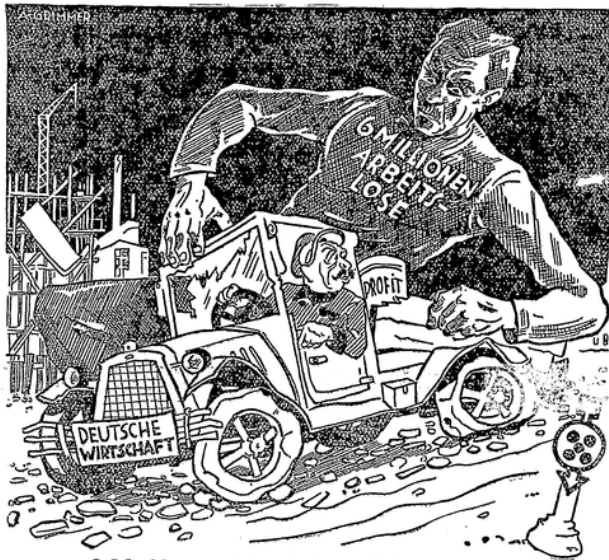
Nach Braun hielt Farnow ein lebhaftes Referat für die Arbeiter. Die Inflation sei ein Teufelskreis, der uns in die Armut treibe. Die Reparationsfrage sei für ihn dadurch erledigt, weil Deutschland nicht zahlen kann. Mit einem lebhaften Appell, der langen Arbeitszeit energisch zu Leibe zu rücken, schloß Braun unter starkem Beifall von Saal und Galerien.

Das Maß ist voll! Diese Worte aus den Schlussausführungen des Kollegen Eggert mögen den verantwortlichen Stellen lange im Ohr bleiben. Dann wurde der an anderer Stelle wiederbegebenen Entschliebung zugestimmt, die ohne jeden Widerspruch als einmütige Meinung des Kongresses erklärt wurde.

Damit waren die Arbeiten dieser bedeutungsvollen Tagung beendet; erst später werden die deutschen Arbeiter vielleicht erkennen, welcher Impuls von ihr ausging. Es waren SDS-Kräfte an alle — vom Reichspräsidenten bis zum letzten Ministerialbeamten! Noch einmal haben die deutschen organisierten Arbeiter einige Sekunden der Arbeitstagung gewidmet, daß sie bereit sind, an der Aufgabe der Arbeitsbeschaffung mitzuwirken. Sie wollen ihre positiven Kräfte in den Dienst dieser wichtigen Aufgaben stellen. Die Regierung soll nun aber auch nicht mehr lange „ermägen“, sie muß

zu Taten schreiten! Die Rede Stegerwalds war die letzte theoretische Leistung gewesen sein, nun warten wir — wir wiederholen es — auf Taten! Zum Teil mit Respektlosigkeit, hinweg mit den tausend Entschuldigungen — sechs Millionen ruhen, schreien, drängen nach Arbeit! Der Vorsitzende Schumann ließ in seinen Schlüsselworten an den Kongreß durchklingen, daß die Regierung noch einmal die Chance hat, verpaßt sie diese, dann trägt sie alle die Verantwortung für alles Kommende! Stürmische Zustimmung beehrte ihn für diese Worte. — Der Kampf ruft lautest jetzt: Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Ferner gilt es, am 24. April den Kampf gegen den Faschismus zum dritten Male aufzunehmen. Jede Stimme für die SPD und Republik! Mit einem Hoch auf sie und auf die Gewerkschaftsbewegung ging der Kongreß ausendend.



Schluss! so geht es keinen Schritt weiter!

Nach ihm sprach unser Bundesvorsitzender, Kollege Bernhard. Er verwies auf die Tatsache, daß ein Sediment der Arbeitenden der Bauwirtschaft anhängt. Alle Produktionsmittel verrotten, Maschinen und Baustoffe gehen zugrunde, 90 Proz. unserer Kolonnen sind ohne Beschäftigung. Das ist auch mit einer Folge der Notverordnungen. Drei große Arbeitsgebiete zeigte Bernhard auf: den Kleinwohnungsbau, ferner die Reparaturen für die Altkolonnen, den Straßenbau mit Winterregulierung usw. Keine Industrie kann sich mit dem

Wohnungsbau in bezug auf Rentabilität und Abschluß messen. Den Prozentsatz der leeren Kleinwohnungen sei verhältnismäßig gering. Große Wohnungen stehen leer, weil sie jeden hygienischen Anspruch vermissen lassen. Bernhard wandte sich gegen die Auffassung, daß die Löhne im Baugewerbe schuld seien. Wir fragen den Herrn Minister: Wie tief muß unser Lohn sinken, um Herrn Stegerwald gerecht zu werden? Mit Lohnabbau wird nichts erreicht, aber viel kaputtgeschlagen. Herr Minister, versuchen Sie, den Werklohn zu senken, in sich wiederzufinden! Denken Sie nicht nur an die Löhne, sondern an die Nebengebühren, an die Baustoffpreise usw. Oder wollen Sie den Bauarbeiter in den freiwilligen Arbeitsdienst gliedern? Dem Hausbesitz gibt man Millionenbeihilfen — dabei steigen schon wieder die Ziffern der Tuberkulose unter der Jugend wegen der Verschlechterung des Wohnraums. Wir fordern

viel mehr Kleinwohnungen, Sanierung der Altkolonnen. Eins ist wichtig: bauen wir so,

### Konferenz des Bundesbeirats und des Bundesvorstandes.

Im Anschluß an den Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß tagten am 14. April Vorstand und Beirat des Baugewerksbundes. Zunächst widmete Kollege Bernhard dem verstorbenen Kollegen Fritz Krieke, dessen Verdienste um die Arbeiterbewegung im allgemeinen und um die Bauarbeiterbewegung im besonderen wir an anderer Stelle würdigen, einen warm empfundenen Nachruf. Anschließend begrüßte der Redner das englische Verbot der S.A. und S.G. -Banden Sitters durch die Reichsregierung. Das sei endlich einmal eine Tat, die bei dem ganzen deutschen Volk und vor allem der gewerkschaftlich organisierten Bauerschaft Beifall auslösen werde. Hierauf würdigte der Redner das Ergebnis des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses und legte dar, in welcher

Weise dieses Ergebnis für die Bauarbeiterschaft auszuwerten sei. Die Frage der Arbeitsbeschaffung ist in Gang, wir müssen jede Gelegenheit ausnützen, um die große Defizitfrage der Arbeitsbeschaffung. Jede, auch die geringste Gelegenheit müsse ausgenutzt werden, um die ungeheure Arbeitslosigkeit abzumildern. Und sie anzuführen, daß jeder in Angriff zu nehmenden Arbeit diese auf möglichst viele Arbeitskräfte zu verteilen, also eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit durchzuführen. Bei der Ausführung öffentlicher Bauarbeiten sollten im Interesse der Bauarbeiter und der Kommunen möglichst kommunale Zuschüsse gefordert werden; ein solches Verfahren erweise sich nicht zuletzt auch für die Kommunen vorteilhaft. Die schweren

Bedenken des Baugewerksbundes gegen den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, bleiben nach wie vor bestehen. Die Förderung der Wirtschaft mit Unterstützung der Reichsanstalt ist zu begrüßen. Die Mitwirkung anderer Funktionäre bei diesen Kurien müsse überall eine Selbstverständlichkeit sein. Beim Handwerks- und Gemeinderatmettag in Hannover ist beantragt worden, namentlich auch dafür zu sorgen, daß solche Kurienmitglieder nach Abschluß des Kuriums zur Gefellenprüfung zugelassen werden. Der Redner empfahl auch, dafür zu sorgen, daß die Vertreter der Bauarbeiter bei der Neubildung der Verwaltungsausschüsse der Landesbauvereine und Arbeitsämter nicht zu kurz kommen. Um einmalige Irrtümer auszuweichen, müsse heute beschlossen werden, daß die der Unterfertigungsvereinbarung angehörenden ehemaligen Angehörigen unseres Bundes ihre Beiträge nach der Bundesaufsatzung zu bezahlen haben. An Unterstützung darf diesen Mitgliedern jedoch nur die Befähigungsbefehle gewährt werden. Ermöglicht wird von den in Betracht kommenden Instanzen die Gründung einer Eigenheim-, Spar- und Baugenossenschaft; werde diese Idee verwirklicht, so könnten sich aus daraus bestehende Arbeitsmöglichkeiten für die Bauarbeiter ergeben. In Aussicht genommen ist ferner die Zusammenlegung der Leitenden Sozialen Bauwirtschaft und „Wohnungswirtschaft“. Auf die Verwaltungsausschüsse der ehrsamlich geleiteten Baugewerkschaften müsse ein besonderes Augenmerk gerichtet werden; es sei nicht angängig, wenn solche Baugewerkschaften Verfallis verursachen. Auch diese Baugewerkschaften seien zu verpflichten, durchweg Verwaltungsausschüsse einzuführen.

Anschließend teilte Kollege Lönies aus der Kommission für Verwaltungsreform mit, die Kommission habe Vorschläge gemacht, auf welche Weise die Arbeitslosen am besten der Gemeinshaft als Mitglieder erhalten werden können. Ferner sind Maßnahmen vorgeschlagen, um durch Arbeitsbeschaffung neue Mitglieder wiederzugewinnen. Wegen die Wahl heißt sei wenig einzuwenden, jedoch müsse unter allen Umständen abgelehnt werden jede einmalige Bevorzugung Unorganisirter gegenüber den Organisirten. — In der Aussprache trafen alle Redner der Auffassung des Vorstandes bei; nach einem Schlußwort Bernhards wurden sämtliche Vorstandsvorschläge gutgeheißen.

Dann wurde über den Stand der Lohnbewegung berichtet. Die wirtschaftsfeindlichen Lohnaufhebungen der Unternehmer sind bekannt, auch ihre krampfhaften Bemühungen, in den Lohnfragen „freie Hand“ zu bekommen. Weiter den bereits im „Wohlfühlbericht“ veröffentlichten Schiedsprüchen sind bisher noch Schiedsprüchen nicht gefällt worden. Zum Schiedspruch für die Pfälzer wäre noch nachzutragen, daß der durch Schiedspruch herabgesetzte Lohn trotz der Werten Notverordnung bereits vom 1. April an in Kraft treten soll; dagegen ist selbstverständlich Einspruch erhoben worden. Die bekannte partielle Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der „Angleichung“ der Bauarbeiterlöhne an die Löhne der übrigen Industrien wurde in der Aussprache treffend glosiert; scharf wurde verurteilt, die staatlichen Organe vollkommen einseitig in den Dienst des Arbeitnehmers zu stellen. Trotz aller Mühen werden die Bauarbeiterschiedsprüchen richtungslos die Interessen der Mitglieder verletzen. Die Ungerechtigkeit, die mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums der Bauarbeiterkraft fortgesetzt zugestimmt wird, müsse endlich ein Ende nehmen. Einzelberichte aus den Bezirken über den Verlauf der bisherigen Lohnverhandlungen brachten mancherlei interessante und beachtenswerte Vorgänge zum Ausdruck. Einmütig war die Konferenz der Meinung, alles aufzubieten, um den ungläubigen Plänen der Gegner der Bauarbeiterkraft mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Wo sich Aussichten auf Erfolg eröffnen, solle auch vor den schärfsten Abwehrmitteln nicht zurückgeschreckt werden. Zum Schluß sprach sich in allen Fragen der einzufliegenden Taktik vollkommene Einmütigkeit. Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit einem Hinweis auf die preußischen Landtagswahlen. Die Hindenburg-Wahlen bedeuten einen Sieg gegen den Faschismus, es darf aber nicht eher gerührt werden, bis der Faschismus in die letzten Winkel vertrieben und zur völligen politischen Einflußlosigkeit herabgedrückt ist.

### Vorsicht bei Schwarzarbeit!

Der anormale Zustand der Bauwirtschaft zeitigt unangenehme Begleiterscheinungen. Um den vorhandenen Reichtum der Arbeitsbeschaffung bemühen sich Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise. Man kann auf einer einzigen Baustelle mehrere Unternehmer treffen, die gemeinsam ohne Gesellen die Arbeit ausführen. Demgegenüber kann man aber auch Gesellen finden, die direkt beim Auftraggeber arbeiten. Beide Arten der Tätigkeit sind von der Organisation nie billigt worden. Wir können es aber verstehen, wenn sich ein Maurer, der monatelang und jahrelang keine Beschäftigung findet, Arbeit sucht, wo er sie findet.

An dieser Stelle seien einige notwendige Winke gegeben. Dieser „Schwarzarbeit“ von einem Auftraggeber direkt annimmt, läuft Gefahr, im Krankheitsfalle weder Arbeitslos noch Krankengeld zu erhalten, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn bei der Krankenkasse angemeldet hat. Oft gibt es dann auch am Schluß der Arbeit mit dem Auftraggeber Streit, weil die Krankenkasseneinträge bezahlen soll. In allen Fällen muß sich der Arbeiter zwei Drittel der Krankenkasseneinträge abziehen lassen, ein Drittel muß der Auftraggeber zahlen. Gleichzeitig müssen auch die Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung abgeführt werden, die der Versicherte zur Hälfte tragen muß.

Sehr oft vergessen auch Kollegen, die eine solche Arbeit annehmen, von vornherein festzustellen, wer die Beiträge zur Invalidenversicherung zahlt. Was die Arbeit eine versicherungspflichtige Beschäftigung ist, heißt außer Frage, so daß der Auftraggeber und der Arbeiter bestraft werden können, wenn die Beiträge zur Invalidenversicherung nicht oder unrichtig geleistet werden. In normalen Arbeitsverhältnissen tragen Unternehmer und Arbeiter diese Beiträge je zur Hälfte. Bei häuslichen Gelegenheitsarbeiten, selbst dann, wenn sie mehrere Wochen dauern, wird oft gar nichts bezahlt. Kein Kollege sollte vergessen, daß er der Beschäftigte ist, wenn er sich im Augenblicke einige Mark parat. Er kann unter Umständen die Zurückzahlung zur Invalidenversicherung nicht erreichen oder verlieren, jedenfalls verringert sich seine spätere Rente.

Noch schlimmer ergreift es denen, die Arbeiten annehmen, ohne daß der Auftraggeber das Vorkommen der Berufsgenossenschaft angemeldet hat. Dabei ist das den Bauunternehmern wirklich sehr leichtgemacht. Für sie sind

## SOS-Ruf: Schafft Arbeit!

### Die Entschließung des Kräftentages.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzliche Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwassererschulung, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß erkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch aufreißbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die betragsmäßigen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen erparten Unterfertigungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstämmlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulative Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralfstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungsarbeiten im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

### II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitaus der Volkshälfte verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Sonderanstellen geschaffen, falls alle Gemeinden oder Gemeindeverbände sind für ihren gesamten Gemeindebezirk bei den Sonderanstalten verlost. Oft hört man den Auftraggeber klagen, er habe nichts davon gewußt. Eine Erkundigung bei dem zuständigen Gemeindebeamten hätte ihn aber sehr schnell wissen gemacht. Die Arbeitsämter ist meist die Arbeit, die Beiträge zu zahlen, der Leitende aber ist der Arbeiter, wenn er vernünftig und dann keine Rente bekommt; er kann aber auch durch die Berufsgenossenschaft bestraft werden.

Es gibt auch noch andere Bedenken in bezug auf die strafrechtliche und zivilrechtliche Haftung bei der Ausführung von Bauwerken, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen können. Jedenfalls ist bei solchen wilden Arbeiten Vorsicht geboten. Wenn der Auftraggeber allerdings alle Formalitäten erfüllt, die Ansprüche der Sozialversicherung und der Steuerbehörde befriedigt, dann ist für den Arbeiter die Gefahr beseitigt. Doch die meisten Auftraggeber wollen dies nicht, weil sie ja gerade dieses Geld einsparen möchten.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 28. März 1932.

Bezirksverband	Berichtende Bau-gewerkschaften	Mitgliederzahl am Schluß	Arbeitslose		Die Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg . . . . .	7	13 737	13 118	95,5	95,6
Danzig . . . . .	1	3 251	2 850	88,2	89,3
Stettin . . . . .	61	14 062	12 372	88,0	88,2
Breslau . . . . .	39	34 220	30 745	89,8	90,6
Berlin . . . . .	60	44 983	37 265	82,8	83,2
Magdeburg . . . . .	42	23 609	20 533	87,0	86,9
Erfurt . . . . .	34	17 259	15 859	91,9	92,5
Frankfurt . . . . .	17	29 009	26 359	90,9	91,0
Köln . . . . .	12	14 418	13 404	93,0	93,0
Dortmund . . . . .	13	14 606	13 508	92,5	92,3
Hannover . . . . .	39	25 865	22 578	87,3	88,2
Bremen . . . . .	31	13 022	11 495	88,3	88,9
Hamburg . . . . .	45	27 225	23 348	85,7	86,3
Rostock . . . . .	60	7 968	6 756	84,8	86,5
Dresden . . . . .	31	54 161	48 421	89,4	89,8
Nürnberg . . . . .	29	14 946	13 660	91,4	92,6
München . . . . .	27	10 229	9 682	94,6	95,3
Stuttgart . . . . .	14	8 141	7 513	92,3	93,4
Karlsruhe . . . . .	10	12 084	10 859	89,9	90,1
Zusammen . . . . .	572	382 795	340 320	88,90	—
Vorige Woche . . . . .	572	383 403	342 673	—	89,26

Die Arbeitslosigkeit ist nur ganz minimal zurückgegangen. Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Abnahme von 90,24 auf 88,90%. Ende März 1931 betrug der Reichsdurchschnitt 73,23%. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres haben wir also noch eine um 15,67% höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ging zurück in den Bezirksverbänden Stettin von 88,8 auf 88%, Breslau von 92,9 auf 89,8%, Berlin von 86,6 auf 82,8%, Magdeburg von 87,5 auf 87%, Erfurt von 93,9 auf 91,9%, Köln von 93,2 auf 93%, Hannover von 88,2 auf 87,3%, Bremen von 88,7 auf 88,3%, Hamburg von 86 auf 85,7%, Rostock von 88,9 auf 84,8%, Dresden von 90,9 auf 89,4%, Nürnberg von 91,6 auf 91,4%, Stuttgart von 95 auf 92,3%, Karlsruhe von 93,5 auf 89,9% und Danzig von 88,3 auf 88,2%. In den Bezirksverbänden Königsberg, Frankfurt und München liegt die Arbeitslosigkeit noch etwas über dem Reichsdurchschnitt. Neben die Bezirksverbände Königsberg, Breslau, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart und Karlsruhe; unter ihm stehen die Bezirksverbände Stettin, Berlin, Magdeburg, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock und Danzig. Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenziffer beträgt 10,7%. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 92,7% (Vormonat 94%), bei den Bauhilfsarbeitern 90,8% (91,6), bei den Tiefbauarbeitern 84,8% (86,6) arbeitslos.

## Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnouer, Niederbüllau (Lübeck), Bauhalle Osthof Wilsdorf bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabwertungs und die Arbeiter der Firma Wieberich in Norden wegen Tarifbruch.

**Töpfer:** Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Seizinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofenfabrik Gustav Neumann, Gustav Sönike und Wöhme.

**Metall:** Die Maurer streiken im Abwehrstreik. Kein Bauarbeiter darf nach Metalle gehen!

**Eisenbahn:** Zugang nach Wien und nach Niederösterreich ist zu vermeiden.

## Bauarbeiter-Internationale

(B.-I.) Der Vorstand des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie in der Tschechoslowakischen Republik berichtete in der Sitzung des erweiterten Vorstandes über die Entwicklung der Organisation. Danach zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1931 rund 35 000 vollzahlende Mitglieder. Der Zuwachs belief sich in der Berichtszeit auf 18 000 Mitglieder. Diese erfreuliche Zunahme war möglich trotz Krise und schlechter Bautätigkeit. Die damit einhergehenden guten Verbandsbeiträge ermöglichten ein erfolgreiches Handeln zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen; es wurden 12 erfolgreiche Streiks geführt, 65 Kollektivverträge abgeschlossen, 10 Kollektivverträge verlängert sowie 15 Entscheidungen des Lohnschiedsgerichtes herbeigeführt. Die Entwicklung der Organisation in den ersten Monaten des Jahres 1932 läßt erkennen, daß die neu begonnene Weraktion gute Ergebnisse zeitigt.

Als es im Jahre 1927 nach vieler Mühe gelungen war, die Reste der damals vorhandenen 3 Bauarbeiterorganisationen in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen, waren knapp 12 000 Mitglieder vorhanden. Trotzdem war damit viel erreicht; schädliche Streitursachen wurden beseitigt, viele der bereits verzögerten alten Mitglieder schöpften frischen Mut zur Werarbeit und schufen somit das Vertrauen, das heute die Bauarbeiter in der Tschechoslowakei ihrer Organisation entgegenbringen.



# Unterhaltung und Wissen



## Der Rebel der Landstraße.

So nannten wir ihn, Hannes und ich, als wir vor Jahren die böhmischen und österreichischen Landstraßen hinunterfipfelten, den Teufel Vergangenheit im Rücken und einen schmalen Streifen Glück vor uns. So wurde Jost Pombold aus Tanten a. Rh. auch von allen Sachfengängern, den Schifffern, den Holzfüllern und Mägden genannt. Er war ein Kiese von Keel, gewachsen wie eine böhmische Giche, mit einem trompetenden Organ, zerrissenem Gesicht und einer ungeschönlid großen und verknorpelten Nase, auf die er sich verlassen konnte, da sie ihm manchen guten Wind in die Richtung trieb. Dieses einem auf den ersten Blick wolfsähnlich anfallende Gesicht wurde durch zwei helle, offene Augen um einen Schein gütiger; es waren Augen, die einen zwangen, ob man wollte oder nicht, Jost Pombold in die offene Hand zu schlagen. Er war ein guter Kamerad, auf den Verlaß war. Auch bettelte er nicht, doch — aber nur in ganz seltenen Fällen — klapperte er die Pfardhäuer ab, denen er am meisten gram war. Er arbeitete hier und dort, Tage und Wochen, auf den großen Wätern, in den Sägemerken, in der Tschepstowakel, in Rumänien, in Dänemark, in Holland, gelegentlich auch in den großen Städten. Über keine Frau, an die er sich für kurze Zeit verlassen habe, und keine warme Westflart, die ihm eine heimatische Vermurzelung vorzauberte, konnten ihn halten, wenn das Blut in dem alten Kofh wieder zu rumoren begann und er einige Pennige Wegzehrung in der Tasche hatte. Ungeschönlid schräg, verstopfen und komisch anzuschauen, blinzelte er in die Sonne, ging dann zwei Schritte nach vorn, hielt die Nase in den frischen Wind, und, indem er die linke Augenbraue fast zwei Zentimeter hoch rih, schnurrte er: „So, nun ist's wieder genug, auf die Beine, Galopp!“ Dann stolperte der alte Knabe wieder die Landstraßen hinauf und hinunter. In Schweden, in Desterreich, in Italien kannte er jede Penne. Das Herumstreifen hatte ihm im Laufe der Jahre einen ungeheueren Schatz an Erfahrungen, Erkenntnissen und Lebensweisheiten eingebracht.

Ja, das mit dem Erwanderten ist so eine eigene Sache. Die jungen Leute, die in den Städten festgebunden sind und nie hinauskommen, schauen immer durch eine Brille, mag sie nun rot, grün oder blau sein. Kein aufsonnerndes Wetter haut ihnen die Illusionen, Verspieltheiten, Träume-reien und Einbildungen weg, keine Eroberung sieht ihnen die Haut braun und lebern und öffnet ihnen die Welt, die ungeheuer schön und gemein ist. Jost Pombold hatte Erfahrungen, das kann man wohl sagen! Ihm konnte man keinen weisen Schwanz an die Wand malen. Er wußte, wie der Sale läuft, und wogu Sale in der Welt gebraucht, und warum mit Feuer gehocht wird. Wie erleben oft die fümftigsten Diskussionen der Pennbrüder und professionellen Straßengänger in den örtlichen Äpfeln, in denen die Verkommerten, von der Öflichkeit Beschäfteten und Abgetriebenen zungswoll gedulbete Gäste waren und von Jost Pombold in temperamentvollen Reden aufgerüttelt, aufgelockert, neu mit Energie geladen wurden, um doch wieder hinter dem Pflug der Zeit zu marschieren, und um nicht das gemeine Elend in einem dreckigen Sechterschnaps zu erlitten. Man konnte ihn dann trompeten hören, daß einem das Herz in den Mund sprang und man glücklich wurde. Pombold, dieser Keel, brachte es fertig, diese ver-kürzten Herzen aufzukauen, in diese verstopften, ver-alkoholisierten, oft verterten Gesichter einen Schein hoffung und Leuchten einzupflanzen, der tröstlich schien. Wir hatten oft solche äußeren und inneren Verwandlungen mit-erleben dürfen. Pombold pflegte gewöhnlich zu sagen: „Der

## Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!



Freundschaft!

und die Wälder und Höhen gräßen uns kameradschaftlich. Also da kam Jost Pombold dahergeschliffert, den schwarzen Sozialistenkalabrejer tief ins Gesicht gedrückt, dunkelhäutig wie ein Neger, sehr lustig und aufgeräumt, wie man das bei seiner köhigen Herzlichkeit gewohnt war. „Halloh, Hannes und Waltrich, wohin schon wieder?“ bellte er uns an und feckte seine groblidliche Rechte in die unsrige. „Nach Pilsen, Steine harten, um wieder etwas Fleisch und Fisch zwischen die Zähne zu bekommen“, gaben wir zur Antwort, und ergäßen ihm, wie es uns erangen, was uns an den Hut und in die Hände spucken wollte.

Es war Mittag und es war sehr warm. Wir kletterten in den schon grünberüherten Graben am Rande der Straße, ließen den Rücken gegen die Sonne liegen und lie uns auf das Hinterteil setzen, also lagen wir auf dem Bauche, steckten uns Gräser in die Nase, bis wir niesen mußten und schnatterten dummes Zeug.

Es war Wahlschlacht im Lande. Ein Duzend sogenannter „Volksparteien“ animierte die Bevölkerung und warf ihr den goldenen Sand der Beförderung in die Augen. Alle waren sie auf einmal da: die Junker, die Referen-tianten, die Schloßbarone, die Städteladamen. Alle mar-schierten sie heran, mit Versprechungen, mit Lügen, mit Verspieltheiten, die Diamantfingern, die Allgüsten, um den kleinen Mann zu fangen, der ihnen ihre Macht, die Aus-übung der Macht und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf Jahre hinaus wieder garantieren sollte. Die Groß-gartarier waren bereit, jede Kartoffel ihres Bodens, der ihnen von Nichts wegen gar nicht gehörte, mit den Gold-lingen zu verteidigen. Jost Pombold kannte diese Jungen

in grünen Loden mit dem Gernsbart am Hut und den flieren Gesichtern. Er war ihnen oft ins Gewerbe gelupren, wenn sie es allzu arg trieben, und die Trabanten haben ihn dann mit den Händen vom Hof geholt. „Da soll es aber diesmal mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht diese Kerls 110 Kilometer in den Wind treiben“, schwor Pombold, und ging wieder hinaus auf das flache Land und legte sich mit uns in den Straßengraben, um zu bedenken, was zu tun sei, um die Tagelöhner, die Holzknecde, die Mägde vor den Streitwagen des arbeitenden Volkes zu spannen, der gegen diese Jungens Sturm laufen sollte.

Und Pombold ging in die Arbeit, wie wir alle. Es war, um sich den Bauch zu halten, wenn er einem hoch-geblatenen blechmedernden Sendling, der in einer bür-lichen Versammlung den Weltlad und den Herrn-im-Haule-Standpunkt erschludigen wollte, den Kopf wusch, daß die Funken sprühten, und sich selbst auf das Knie nieder legte, um die Tagelöhner und kleinen Bauern zu beschören, wo die wahren Ursachen ihrer Not liegen, warum die letzte Ziege aus dem Stall muß, warum der Getreidebauer, warum die Frauen in den Schmirfelalernen mit verrotte-ten Haarnadeln, mit Seifenjaue ihre Schwangerschaften zu unterbrechen versuchen. In den schmalen Mittagspausen lag er vor ihnen, immer neue Argumente hervorholend, Fragen beantwortend, Verzweiflung lindern, wie eine rote Fahne der Empörung flog die Glut seiner Stimme über das ländliche Volk. Immer schloß er mit Reden ab, die er auswendig wußte, und die Saß für Saß in diese Zeit paßten und die Demüter und Hirne ausfällig machten; don-nernd fiel sein Wort.

Jost Pombold wird in diesen Tagen unter uns sein. An irgendeiner Stelle Deutschlands wird er die Arbeiter und Bauern für unsere gerechte Sache zusammenführen. Es geht diesmal um mehr, als es sonst ging. Das Kalbfell breit gespannt! Ihr alle sollt zuschlagen, ihr alle, es gibt eine raselnde Muih, die in die Ohren sicut und die Schlaf-mühtigen aufsprengt und alle zusammenruft, die zusammen gehören, einig, verantwortungsbewußt, für Brot und Ar-beit, für den Frieden, für die Freiheit unseres Volkes!   
 W. G. G. G. G. G.

## Das ist Sozialismus.

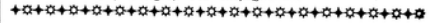
Das Größte, an das wir glauben, soll werden, und weil wir es glauben, darum ist es uns innerlich auch schon nah. Wir könnten es nicht erstreben, wenn nicht ein Funke davon schon in uns lebe. Und wie aus Funken die Flamme schlägt, so muß die große Liebe des Menschen zum Men-schen einmal aus allen menschenglaubenden Herzen glähen, wenn die Sonne gekommen ist.

Der Sozialismus ist Drifftein der Herzen, und der Sozialismus, dieser Drifftein in der Menschen Herzen, ist das weiteste menschlich denkbare und erlebbarste Ziel. Er ist Größe des Geistes, Freiheit des Könnens, Tiefe der Seele. Er ist Liebe, die alles umschlingt. Er ist Brüderlich-keit, die alles bindet. Er ist Menschenfülle, die wagt, sich zu schenken und wieder zu schenken, den Menschen und den Kommenden.

Und daran glaubst du? Dann beweist du mit diesem Glauben, daß es auch wird.

Nichts ist dem unmöglich, der glaubt. Und kein stolzeres und befreitenderes Gefühl von Menschenwürde gibt es, als das, das da voll des Glaubens an Sozialismus ist.

Sozialismus ist höchste Menschlichkeit. Er ist die durch-greifendste Gerechtigkeit. Er ist die erhabenste Öflichkeit, weil er die Erfüllung ist des Anspruchs.



## Der Maientag ist dein ...

Jawohl, der Maientag ist dein,  
Du Proletar, und immer soll er sein  
Dein Tag, dein leuchtender Maientag!  
Herunter vom Weibstuh, heraus aus dem Schacht  
Und aus der Werkstatt quetschender Engo,  
Heraus aus des Mammens zwingender Macht  
In der Fabrik Maschinengedränge,  
Hinweg von dem Schreibtuhl, herunter vom Bau,  
Hinaus in den Frühling zur Maienschau!  
Vergiß der Arbeit Mühe und Plag!  
Am klaren, leuchtenden Maientag!

Jawohl, der Maientag ist dein,  
Du Proletar, und immer soll er sein  
Dein Tag, dein leuchtender Maientag!  
Auch du, der du bedrängt von der Not,  
Dem man kärglich bemißt das tägliche Brot,  
Des schwielige Hände, stets arbeitsbereit,  
Jetzt feiern müssen in Untätigkeit,  
Weil den Wirtschaftsgewaltigen dieser Welt  
Und ihrer Sippe es so gefüllt —  
Vergiß des Lebens Mühe und Plag!  
Am klaren, leuchtenden Maientag!

Jawohl, der Maientag ist dein,  
Du Proletar, und immer soll er sein  
Dein Tag, dein leuchtender Maientag!  
Er bedeutet Verheißung der neuen Zeit,  
Die ein Ende bereitet dem Herzeleid,  
Das überall in den Hütten weint,  
Das euch alle bedrückt und dem ihr vereint  
— Weil ihr dem Unrecht der Erde grollt —  
Endlich ein Ende bereiten wollt!  
Deshalb hinaus in den grünenden Hag  
Am klaren, leuchtenden Maientag!

Jawohl, der Maientag ist dein,  
Du Proletar, und immer soll er sein  
Dein Tag, dein leuchtender Maientag!  
An diesem Tag stehst du bereit  
Zum Kampfe für eine neue Zeit,  
Für neue Menschen, für freudvolles 'eben,  
Daß die Früchte der Arbeit allen gegeben;  
Du forderst, daß alles Menschenleid  
Sich wandle in Glück und Gerechtigkeit —  
Dafür schwörst du zu kämpfen im grünenden Hag  
Am freiheitverkündenden Maientag!  
Toofa.



Es war, um sich den Bauch zu halten, wenn er einem hoch-geblatenen, blechmedernden Sendling ... den Kopf wusch.

Mensch ist ein Mas; wenn es hoch kommt, ein Schwein; wenn er läuft, ein Hornvieh; wenn er nachdenkt, ein Dummkopf. Also muß er gedankt werden! Das war auch sein pädagogischer Grundlaß, der Ausgangspunkt seiner Bemühungen.

Niemals habe ich wieder in diesem Milieu solchen Ernst, mit dem eine notwendige soziale und fürsorgliche Aufgabe angepackt wurde, verbunden mit der Glut eines so elementaren agitatörischen Feuers empfinden können. Wir begegneten Jost Pombold wieder eines schönen Tages, der blaubhimmelt über uns hing. Kalte Tage lagen hinter uns, nur ein frohliges Krabbeln sah uns noch in den Leben, sonst aber ging es gut vorwärts, die Luft war rein



Der Wähler wird nur dann gequält, wenn er den Quäler selbst gequält!

Eine Münchener Tageszeitung veröffentlichte vor Jahren die Rundfrage: „Welche fünf Bilder würden Sie im Falle einer Feuersbrunst aus der Münchener Pinakothek retten?“  
Der Maler Griesch antwortete: „Die fünf ersten neben der Lüt.“  
Peter Betex.

### Aus den Baugewerkschaften

**Bunzlau.** (August Römer f.) Einer der Vorkämpfer aus der Fachgruppe der Töpfer ist am 4. April von uns geschieden. Ein Schlaganfall in der Werkhütte setzte einem arbeitsreichen Leben ein Ziel. August Römer war in der Gewerkschaft der Töpfer und Werber; sehr oft vertrat er die Bunzlauer Töpferkollegen auf Tagungen. Schon in alten Zeiten, als es galt, den Lokalverein der Töpfer Bunzlau dem Zentralverband anzugliedern, stand August Römer in vorderster Reihe. Während der Kriegszeit mußte er wieder den Vorsitz seiner Gewerkschaft übernehmen; er behielt dieses Amt, bis ihm dann jüngere Kollegen an der Spitze der Gewerkschaft wieder abnahmen. — August Römer ist aber nicht nur gewerkschaftlich hervorgetreten. Auch in der Parteibewegung stand er an vorderster Stelle; er ist Mitbegründer der Bunzlauer Parteibewegung. Er war es, der den aus der Schweiz importierten „Sozialdemokrat“ bei den Arbeitern und Kollegen unterbrachte. Nie wankend, nie verzagend, größte wirtschaftliche Entbehrung fragend — so ging August Römer immer seinen geraden Weg! — Einer unserer ältesten Kämpfer ist dahin. In keiner Gewerkschafts- oder Parteiverammlung fehlte er, stets war er an seinem Posten. August Römer hat die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten. Wir aber wollen die Arbeit unseres August in seinem Sinn rühlig weiterführen. Dies wird seinem Wesen entsprechend die beste Ehrung seines Andenkens sein!

**Nürnberg.** (Franz Neubauer f.) Am 9. April verschied nach kurzer Krankheit der Senior der Erlanger Bauarbeiterorganisation: Franz Neubauer. Seit 1895 gehörte er ununterbrochen der Organisation an. Kein Opfer war ihm zu groß, keine Mühe so viel im Dienste seiner Gewerkschaft. Besonders suchte er die Kollegen der umliegenden Orte der Organisation zuzuführen, was vor 30 Jahren von dem einzelnen viel mehr Opfer forderte als heute. Aber nichts konnte unsern Franz zurückhalten, an jedem Sonntag war er tätig, und als seine unerträglichste Arbeit fruchtete frag, ging er an jedem Sonntag stundenweit, um auch die Einzelkämpfer zu befragen. Während des Krieges war er auf der Front, während seiner Organisations- nachkriegsperiode wurde dann Erlangen an Nürnberg angegliedert. Aber auch nach dieser Zeit hat Franz der Organisation unverbrüchliche Treue bewahrt. In den letzten Jahren seines Lebens konnte er seinen Beruf nicht mehr ausüben, er lebte von einer kargen Rente. Nun hat ihn der Tod nach 10-tägiger Krankheit im Alter von nicht ganz 70 Jahren dahingerafft. Der Sozialdemokratischen Partei gehörte unser Franz ebenfalls 41 Jahre ununterbrochen an. Unser Bund und alle, die ihn persönlich kannten, werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren!

**Zwickau** (40 Jahre Organisation). Unsere letzte Verammlung gefallte sich zu einer Feiertagsfeier. Wir können namentlich in Zwickau auf 40 Jahre Bauarbeiterbewegung zurückblicken. Unser Kollege Heß gab einen Bericht hierüber. Schon 1884 schlossen sich die Kollegen in Zwickau zu einem *Radefloren* zusammen. Als treue Kämpfer sah jeder Zeit sein zu können: Ernst Koch, Hermann Berger, Alfred Heß, Hermann Arnold und Franz Siegel. Trotz aller Schwierigkeiten und Sozialistengesetz wurde unermüdet am Aufbau der Organisation gearbeitet. Immer wieder löste die Polizei den Fachverein auf. Jede Zusammenkunft wurde polizeilich überwacht, wobei den Überwachenden mancher Streich gespielt wurde. Auch ein Maurergewerkschaft entstand. Auch dadurch wurden neue Kämpfer gewonnen. 1889 fiel die zwölfstündige Arbeitszeit, der Lohnentzug wurde erkaufte und der Lohn auf 35 % je Stunde erhöht, obwohl die Polizei das Streikpostensystem verbot und das Streikkomitee auflöste. Die erste Schlacht war gewonnen. Zwickau wurde in der deutschen Bauarbeiterbewegung historischer Boden. Zwickau war auch auf fast jedem Kongress vertreten. Von Zwickau aus ging die Anregung, in Weimern zu agitieren, um die Streikarbeit durch böhmische Maurer zu unterstützen. Mit Leipzig und Dresdener Kollegen wurde die Agitation mit Erfolg durchgeführt. Vor allem leisteten dabei Vorzügliche Hermann Berger, Richard Koch, Hermann Kraffler und Joseph Wilm aus Weimern. — Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde 1891 der Maurerverband gegründet. Zwickau konnte wegen des sächsischen Vereinsgesetzes allerdings erst 1892 geschlossen betreten. Allelei Straßen begelien auf unsere Kollegen in der damaligen Zeit herbei. Hermann Berger brummte acht Tage in Weimern, außerdem wurden Paul Wächter, Otto Förster, Rudolf Köhler und Ernst Warg je zu einjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Bruno Spilner mußte acht Monate ins KZ. 1906 konnte nach zähem Ringen der erste Tarifvertrag abgeschlossen werden. Erwähnt sei auch die große Auspersperung im Jahre 1910, die sieben Wochen dauerte; unsere Kollegen streikten noch weitere drei Wochen und brachten den Unternehmern eine große Niederlage bei. — Im und nach dem Krieg haben die bösen Zeiten manche Mühe in unsere Reihen gerufen, aber trotz der Spalter und Vptraue steht unsere Baugewerkschaft auch heute noch im Vordergrund des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes. Dies verdanken wir vor allem den wenig wechselnden Vorstandsmittgliedern, wie Hermann Berger, Hans Winkler, Richard Wolf und Paul Wächter, vor allem aber auch den wackeren Kollegen in Reich und Ob, die sich stets treu hinter die Organisation stellen. Auch den Frauen gebührt Dank für ihre stille Mitarbeit. Kollege Heß schloß mit dem herrlichen Spruch: „Den Allen zur Ehre, den Jungen zur Lehr.“ — Im Oktober der „Kämpfer“ vom 1. April jammerte der Querschnitts-Vorsitzender, er sei von der „Baugewerkschaft“ ausgeschlossen worden, und mitleid den Märtyrer. Der Ordnung halber sei festgestellt, daß Vorsitzender deshalb gestrichen wurde, weil er seit einem Jahre das Beitragsabgaben „vergessen“ hatte. Ein toller Märtyrer!



die sich stets treu hinter die Organisation stellen. Auch den Frauen gebührt Dank für ihre stille Mitarbeit. Kollege Heß schloß mit dem herrlichen Spruch: „Den Allen zur Ehre, den Jungen zur Lehr.“ — Im Oktober der „Kämpfer“ vom 1. April jammerte der Querschnitts-Vorsitzender, er sei von der „Baugewerkschaft“ ausgeschlossen worden, und mitleid den Märtyrer. Der Ordnung halber sei festgestellt, daß Vorsitzender deshalb gestrichen wurde, weil er seit einem Jahre das Beitragsabgaben „vergessen“ hatte. Ein toller Märtyrer!

### Aus den Fachgruppen

**Töpfer und Fliesenleger.**  
Kachelofen und Berliner Wohnungsbau. Das Statistische Amt der Stadt Berlin veröffentlichte unlängst das Ergebnis einer Erhebung über die Zahl der im Jahre 1931 in Berlin errichteten Wohnungen und die Art ihrer Ausstattung mit Heizanlagen. Nach diesen Angaben hat sich der Anteil der Einzelheizung an der Gesamtzahl der Heizanlagen gegenüber dem Jahre 1930 von 52,4 % auf rund 60 % erhöht. Der Kachelofen konnte also in der Wohnraumbauweise in Berlin einen beachtlichen Teil seines verloren gegangenen Marktgebietes zurückerobern. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor allem ein Erfolg der ständigen Verbündeten um die Verbesserung des Kachelofens in Form und Innenkonstruktion, die ihn wieder zur billigen, gesundheitsförderlichen und geschmackvollsten Heiz-einrichtung gestalten. Es ist ein besonderes Verdienst der Ofenfabrikanten, die heilsuchende Verbesserung des Kachelofens organisatorisch anregt und stets wirksam den Kampf gegen die Puffarbeit im Ofenfabrikanten geführt zu haben. Die nachfolgende Tabelle läßt zahlenmäßig und prozentual die Anteile der einzelnen Heizsysteme an der Gesamtzahl der Heizanlagen erkennen.

Im Jahre 1931 errichtete Wohnungen:

Heizsystem	mit Zentralheizung		mit logenartiger Einzelheizung (Wasser u. Öl)		mit Einzelheizung	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Flachbauten	36/1089	34,3	207	6,5	1 878	59,2
Mittelbauten	348/2050	24,8	277	3,3	5 952	71,9
Hochbauten	1171/7807	40,2	1045	5,4	10 592	54,4
1931: zuf.	1555/10946	35,4	1529	4,9	18 422	59,7
1932: zuf.	3056/20280	46,4	704	1,2	22 683	52,4

Zur Erläuterung dieser Tabelle sei bemerkt, daß die hochgestellten Zahlen in der zweiten Spalte die Anzahl der an Fernheizwerke angeschlossenen Wohnungen angeben. Unter Flachbauten sind zu verstehen: Erdgesch. oder Erd- und Obergesch.; unter Mittelbauten Erd- und 2 Obergesch.; unter Hochbauten Erd- und 3 oder mehr Obergesch.

nicht gefolgt sind, sei bemerkt, daß sie nicht immer blindlings ihren Kachelofenpolitikern durch die und binn nachlaufen. Das ist vielmehr ein Zeichen für die kommenden politischen Ereignisse. Die Reichspräsidentenwahl hat eine Gemütskur gebracht: Der festsichere Anflug zerfällt an der Front der verantwortlichen und staatsbewußten Mehrheit unseres Volkes unter der Führung der Eisernen Front. Das Vertrauen zum deutschen Volk ist in der ganzen Welt erneuert und befestigt und damit die Voraussetzung für die günstige Lösung unserer außenpolitischen Probleme angebahnt. Am 24. April geht es bei den Landtagswahlen um die Befestigung des republikanischen und sozialen Kurzes in den größten Freistaaten Deutschlands. Die Aufgabe der Eisernen Front bleibt: Schlagt den Faschismus, schlägt die Staatsfeinde von rechts und links — wählt sozialdemokratisch!

Die Bestimmungen über die Ministerpräsidentenwahl in Preußen geändert. Der Preussische Landtag hat am 11. April den § 20 seiner Geschäftsordnung geändert. Der § 20 enthält die Bestimmungen für die Wahl des Ministerpräsidenten. Der Wahlmodus war ähnlich dem der Reichspräsidentenwahl. Der Ministerpräsident konnte im ersten Wahlgang vom Landtag nur mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. War keine absolute Mehrheit vorhanden, dann wurde eine Stichwahl vorgenommen, bei der der Kandidat mit den meisten Stimmen als gewählt galt. Die neue Fassung des § 20 ändert diese Bestimmungen über die Stichwahl ab. Namentlich ist zur Wahl des Ministerpräsidenten die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Der Beschluß des Landtages wurde gegen die Stimmen der Oppositionsparteien, d. h. der Rechten und der Kommunisten, gefaßt. Mit der Aenderung soll dieser Teil der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags der der übrigen Landtagsparlamente angeglichen und die mit kommunistischer Hilfe mögliche Wahl eines rechtsradikalen Ministerpräsidenten, der nur eine Minderheit auf sich hätte vereinigen können, verhindert werden. Der neu zu wählende Landtag kann allerdings diesen Beschluß wieder rückgängig machen, indem er dem § 20 seine alte Fassung wieder gibt. Das ist aber nur möglich, wenn die Kommunisten für einen den Rechtsradikalen entgegenkommenden Antrag stimmen. Das bedeutet aber gleichzeitig, für die Kandidatur eines rechtsradikalen Ministerpräsidenten einzutreten. Die Kommunisten werden also Farbe bekennen müssen, ob sie der bestehenden Regierung Braun-Severing die Regierung in Preußen überlassen, oder einer nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung in den Sattel helfen wollen.

**Hilfers Bürgerkriegsarmee verboten!** In einer Verordnung vom 12. April hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die militärischen Organisationen der Nazis mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot betrifft die SA und SS, die Kraftwagen, Flugzeug, Nachrichten-, Keller- und Sanitätsformationen. Ferner werden alle SA-Helme, Zeugnisse und Fahnen aufgehoben. Das militärische und dienende Anstrichmaterial, darunter Bekleidungs- und Privatgegenstände, Abzeichen, Fahnen, Standarten, Flugblätter, Kraftwagen, Sanitätsmaterial, Feldbetten und Instrumente der Musik- und Spielmannschaften werden der Beschlagnahme. In der amtlichen Begründung wird gesagt, die verbotenen Organisationen seien bis in alle Einzelheiten den militärischen Organisationen nachgebildet. Sie stellen durch Befehlsgebundenheit und kameradschaftliche Unterbindung der beteiligten Personen, wenn auch nur teilweise bewaffnet, eine große Gefahr für Ruhe und Ordnung im Staate und für die Sicherheit der Bevölkerung dar. Die vielfachen Zusammenstöße und Terrorakte führten bereits zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Diese Vorfälle brachten die jetzt verbotenen Organisationen wiederholt mit den staatlichen Organen in Konflikt. Ein Staat könne keine Privatarmee irgendeiner Partei dulden, die ein Staat im Staate bedeute. Die Staatsgewalt dürfe allein nur von den Organen des Staates selbst ausgeübt werden. Das deutsche Volk habe eine freiheitliche Verfassung, deren Freiheit nur gedeihen könne, wenn Ordnung im Staate herrsche. — Das Verbot des SA-Landesdienstes, das wie eine Seuche im Lande wüthete, ist endlich mal eine Regierungstat, die das schwindende Vertrauen des Volkes zur Staatsführung wieder neu belebt.

SA zerstört Tarifverträge. Welche Gefahr Hilfers Bürgerkriegsarmee für das Tarifvertragswesen darstellt, erhellt aus einer Zufahrt, die das „Tagewort“ bringt. Danach ist im Siegerland ein Städtchen von etwa 9000 Einwohnern, dessen Bevölkerung hauptsächlich von der Klein-eisenindustrie lebt. Wie heute allgemein üblich, ist auch hier der meiste größte Teil der arbeitenden Bevölkerung erwerbslos. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn viele junge Menschen auf das Wunder des „Dritten Reichs“ hoffen und Mitglieder der SA sind. Das kleine Städtchen besitzt sogar eine kameradschaftliche Bürgerkriegsarmee. Das kam so: Ein Sägewerksbesitzer nahm sich dieser jungen Leute an. Er veranstaltete nationalsozialistische „Sprech-abende“ und belohnte die Teilnehmerinnen mit einem Essen aus seiner Kantine. Aus den Teilnehmerinnen dieser „Sprechabende“ bildete sich eine sogenannte Sturmabteilung. In einer Sturmabteilung herrscht Latendrang und Abenteuerlust, die so recht zur Wirkung kommt, wenn die Abteilung zum Schutz von Versammlungen mittels Lastwagen in die umliegenden Dörfer beordert wird. Das neben dem dann fälligen Abendessen noch 2,50 M. Handgeld für jeden SA-Mann abholen, erhöhte die Freude an diesen Expeditionen. Die Abenteuerlust wurde abgerollt in Schlägereien, Messer-scherereien mit Andersgünstigen oder Balgereien mit den Polizeibehörden. Wenn die jungen Leute, leicht nach Aufschotendust und Kameradschaft rührend, militärisch-erakt vor den Versammlungslokalen aufmarschierten und dann noch hakenkreuzfahrende hohe Weiblichkeit die Heiden des „Dritten Reichs“ bewunderte, dann bilderte jedes SA-Mann vor sich ein Bild des üblichen Mittel-europäer. Inzwischen hatte jedoch der Sägewerksbesitzer seinen Betrieb geschlossen. Die Beschäftigten, mit einem roten Betriebsrat an der Spitze, war entlassen und die Kantine stillgelegt. Der Sägewerksbesitzer beschaffte eine Gulaschkanone und stellte die Futteral für die Verfügung. Die SA-Küche hochten namentlich ihr Essen selbst. In einem leeren Raum wurden Feldbetten übereinandergestellt und die jun-

## Politische Zeitnotizen

Die Reichspräsidentenwahl. Was im ersten Wahlgang nicht gelang, ist am 10. April Wirklichkeit geworden: Hindenburg erhielt die absolute Mehrheit. Sein Stimmenanteil erhöhte sich von 49,6 % im ersten Wahlgang auf 53 % der abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang. Der von Hitler erhoffte Einbruch in die Hindenburgfront — 2 1/2 Millionen wollte er herausreißen — ist mißlungen. Nach dem 13. März tröstete sich Hitler mit 13,8 Millionen Stimmen, indem er einfach die Duesterberg-Stimmen seinen eigenen hinzugedachte. Der zweite Wahlgang hat aber etwas anderes gezeigt. Hitler konnte aus der Hindenburg-Front nichts herausbrechen; er erreichte mit den Duesterberg-Stimmen zusammen nicht einmal die bestimmt erwarteten 13,8 Millionen, sondern nur 13,4 Millionen. Fast eine halbe Million haben die Schenkung zu Hitler nicht mitgemacht.

Seine Stimmenzahl wäre um einige Hunderttausend geringer, hätte er nicht unerwartete Hilfe von den Kommunisten bekommen. Die kommunistische Parteiloyalität und ihre Presse hat ihre Anhänger systematisch mit der blödsinnigen und verberberischen Parole: „Die Sozialdemokratie ist der Hauptschuldige“ in einen Zustand politischer Unzurechnungsfähigkeit versetzt. Es ist daher kein Wunder, wenn Hunderttausende zu Hitler übergegangen sind, um mit ihm den „Hauptschuldigen“ zu schlagen. Die fräuzige Hilfe, die die kommunistische Partei beim zweiten Wahlgang geleistet hat, ist das Bestreben, das sie sich seit dem Volksentscheid vom 11. September geleistet hat. Die Dultung für dieses Verhalten ist dann auch nicht ausgeblieben; sie verlor 1 1/2 Millionen Stimmen gegenüber dem ersten Wahlgang. Zur Ehre vieler Kommunisten, die den Parolekünstlern

Gelesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie feinem unorganisierten Arbeitskollegen!

